

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Band: 166 (2000)

Heft: 3

Artikel: JA zur Modernisierung, NEIN zu Fortschritt von gestern

Autor: Blocher, Christoph

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-66555>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

JA zur Modernisierung, NEIN zu Fortschritt von gestern

Es hat lange gedauert, bis der UNO-Generalsekretär diese Worte schrieb: «Allzu oft versagt die internationale Gemeinschaft, wenn sie gebraucht wird. Sie versagte, als sie den Völkermord in Ruanda nicht verhindern konnte. Sie zögerte zu lange und reagierte zu schwach angesichts der grauenvollen «ethnischen Säuberung» im ehemaligen Jugoslawien. In Ost-Timor handelte sie zu spät, um viele hundert Menschenleben zu retten und Tausende von Häusern vor der mutwilligen Zerstörung zu bewahren. Die internationale Gemeinschaft hat nicht genug getan, um in Afrika in einer Zeit zu helfen, in der dieser Kontinent Hilfe am bittersten benötigte und den grössten Nutzen daraus hätte ziehen können.» Bei der Lektüre des ganzen Artikels in der «Frankfurter Allgemeinen» vom 24. Dezember 1999 fällt auf, dass Kofi Annan kein Wort sagt zur Rolle der UNO in den aktuellen Kriegen und Krisenherden, zu Tschetschenien etwa.

Die gleichen Leute, die uns 1994 in die dann gescheiterten Blauhelm-Abenteuer treiben wollten, trommeln wieder. Jetzt drängen sie uns unter die Fittiche der NATO. PR-Berater liefern Wortspiele von Gemeinsamkeit und Einsamkeit, Kooperation und Sicherheit. Aber der Kosovokrieg hat die strategische Lage massiv verändert. Mit dem alten Jahrhundert endet auch ein Jahrzehnt der Illusionen und Utopien. Nach Kosovo und Tschetschenien werden die Karten neu gemischt. Der Realismus ist zurückgekehrt, das Ringen um Macht und Gegenmacht, das Knüpfen und Lösen von Allianzen, die Rivalität der Grossmächte, der wirtschaftliche Wettkampf, das Unterscheiden von stark und schwach, von innen und aussen. Das Ziehen von Grenzen hat schon eingesetzt. Aufrüstungsprogramme beschäftigen die von Friedensdividenden ausgezehrten europäischen Armeen.

Die EU will sich militarisieren. Die Ausdehnung von NATO und EU nach Osten bringt innere Schwächung und neue Spannungsfelder. In Russland ist im steten Pendelschlag die Ablösung der erfolglosen

.....

«Die Geschichte wiederholt sich nicht, und der Kalte Krieg kehrt nicht in der erlebten Weise zurück.»

.....

Westler durch die Slawophilen angesagt. Russland geht auf Konfrontationskurs zu islamischen Mächten und zum Westen. Eine neue Militärdoktrin ist bereits eingeführt. Die USA wollen sich mit einer eigenen Raketenabwehr abkoppeln vom Rest der Welt und zeigen Distanz zu den europäischen Machenschaften. In Mittelasien prallen die strategischen Interessen von

Russland, China, der USA, der Türkei und des Iran aufeinander. «Partnerschaft für den Frieden» ist das Instrument der Amerikaner im neu erwachten Great Game. Wer kann und will Polen verteidigen? Die baltischen Staaten? Die Seewege in der Südchinesischen See? Taiwan? Korea? Wer stoppt das Morden in Algerien, in Afrika südlich der Sahara?

Die Geschichte wiederholt sich nicht, und der Kalte Krieg kehrt nicht in der erlebten Weise zurück. Neue Konstellationen, neue Probleme, neue Formen von Krieg und Gewalt sind zu erwarten.

Wir brauchen jetzt nicht den verspäteten Vollzug gestriger idealistischer Konzepte, sondern eine illusionsfreie, realistische Sicherheitspolitik, die uns heraushält aus unsinnigen Verwicklungen. Die am Ende des letzten Jahrhunderts überhandnehmende Naivität hat ausgedient. Von uns Bürgern, Offizieren und Politikern darf man erwarten, dass wir klar und deutlich JA und NEIN sagen!

JA zur Miliz

NEIN zur schleichenden Einführung von Berufslegionären. Wir brauchen die überlegene Qualität der nicht auf militärische Karriere angewiesenen Berufsleute aller Schichten und Lebenserfahrungen. Wir sagen JA zur Eigenverantwortung der Bürger für ihre Sicherheit und NEIN zum

Profiteur, der von Jugend auf gewöhnt ist, nur seine Rechte gegenüber dem Staat geltend zu machen. JA zur Pflicht, NEIN zu Bequemlichkeit und Drückebergern und NEIN zu hochbezahlten Söldnern. Miliz ist unbequem: Offiziere und Soldaten haben ihre eigene Würde als Bürger und Souverän. Sie lassen sich nicht hierhin und dorthin schicken. Die Zwangsjacke der militärischen Disziplin ziehen sie nur an, wenn es um die Verteidigung der Existenz des Volkes geht und für die dazu nötige Vorbereitung. Die Einsatzschwelle ist hoch. Miliz ist wie die Neutralität die in unsicherer Zeit beste Versicherung gegen unbedachten Truppeneinsatz. Ein bewaffnetes Volk mit persönlichen Waffen im Besitz und unter Kontrolle verantwortungsbewusster Bürger ist das beste Signal an mögliche Gewaltanwender: Hier wehrt man sich, hier ist mit Gewaltandrohung nichts zu erreichen, und unterjochen lässt sich ein solches Land nicht.

Weit und breit ist kein Angreifer alten Musters in Sicht. Eine Miliz, die voll integriert ist in Gesellschaft und Wirtschaft, die ihrer zivilen Arbeit nachgeht und nicht in Kasernen auf den Feind wartet oder unnötige Aufträge im Ausland sucht, ist für uns die beste Wehrform und die billigste. Weil sie sich nur auf den Extremfall der Landesverteidigung vorbereiten muss, hat sie Ausbildungsbedürfnisse, die sich bewältigen lassen. Das WK-System ermöglicht

Sicherheitspolitischer Bericht 2000. Stellungnahme der Kommission vertagt.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates hat nach Anhörung verschiedener Experten beschlossen, an ihrer nächsten Sitzung auf den Sicherheitspolitischen Bericht 2000 zurückzukommen. Weiter hat sie von der Planung 2000 des VBS Kenntnis genommen und dabei gewünscht, schon heute in die Reformarbeiten zur Armee XXI einbezogen zu werden.

Nachdem die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-S) im Rahmen ihrer Prüfung des Sicherheitspolitischen Berichts 2000 verschiedene Experten angehört hat, entschied sie, dazu erst an der nächsten Sitzung vom 17./18. Februar Stellung zu nehmen. Da dieser Bericht von hoher strategischer Bedeutung für die Schweiz und ihre Sicherheitspolitik ist, möchte die Kommission sich vorerst eingehend mit den in Europa eingetretenen Änderungen befassen sowie mit den Antworten, die der Bundesrat gemäss seinem Bericht auf die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu geben gedenkt.

Die SiK-S hörte sich insbesondere Divisionsär Gustav Däniker an (ehemaliger Un-

terstabschef im Stab operative Schulung), der den Bericht mitkonzipiert hat, sowie Oberst i GSt Dominique Brunner, einen für seine klaren Standpunkte bekannten Experten der Sicherheitspolitik, und, als Vertreter der Kantonsregierungen, Regierungsrat Andreas Koelreuter, Chef des Justiz-, Polizei- und Militärdepartementes des Kantons Basel-Landschaft.

Schliesslich liess sich die Kommission über die politisch-militärische Planung des VBS für das Jahr 2000 informieren. Die SiK wünschte, schon heute in den Reformprozess der Armee XXI eingebunden zu werden, insbesondere in die Ausarbeitung der Grundprinzipien und Leitbilder, die nach Auffassung der Kommission höchst politischer Natur sind. Der SiK-S ist es daran gelegen, die Konturen der künftigen Armee mitgestalten zu können und somit zu vermeiden, dass sie faktisch vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

Die Kommission hat unter der Leitung von Ständerat **Pierre Paupe** (CVP, JU) im Beisein des VBS-Vorstehers, Bundespräsident Adolf Ogi, am 13. Januar in Bern getagt. Parlamentsdienste

das Zusammenwachsen von schlagkräftigen Einheiten, erlaubt im steten Wandel des Kriegsbildes die Einführung von neuem Material und neuen Doktrinen und eine angemessene Bereitschaft. Die Vorstellung, man könne drei Jahre vor einem nächsten Krieg politische Entscheide erwarten, um aus dem Nichts eine Armee «aufwachsen» zu lassen, ist weltfremd.

JA zu einem hohen Ausbildungsstand

NEIN zum Phantom einer «Einsatzarmee», die kaum mehr ausgebildet wird. Die Qualität jeder Armee hängt ab vom Können ihrer Kommandanten, Stäbe und Truppen. Die schwer vorstellbare moralische, körperliche und intellektuelle Belastung im Einsatz auf Leben und Tod, die Komplexität der Zusammenarbeit aller und auf allen Stufen brauchen Training und harte Überprüfung in praktischen Übungen. Die Armee 95 brachte Fehlentwicklungen, die neuen Vorstellungen von permanenten Einsätzen zu Gunsten von allerhand medienrächtigen Anlässen sind falsch. Die Doktrinentwicklung hat die Aufgabe von Forschung und Entwicklung in der Industrie. Gefordert sind Köpfe, die selber und originell denken können und dabei auf dem Boden der Realität bleiben, die wohl wissen, was in der Welt geschieht, aber die nicht bloss die Engländer oder Österreicher klonen wollen. Erfolg hat in dieser Branche der Spielverderber, nicht der Mitläufer. Die Armee ist ein System im dauernden Lernprozess. Ausbildung ist ihr Lebenselixier.

JA zum Rechtsstaat

NEIN zur heimlichen Unterwanderung von Verfassung und Gesetz.

Die Bundesverfassung nennt die Unabhängigkeit schon im Zweckartikel. Das Strafgesetz und das Militärstrafgesetz kennen Tatbestände für Handlungen, die auf eine Beeinträchtigung der Unabhängigkeit hinauslaufen. Der Missbrauch von Dienstgewalt wird bestraft wie der Verrat von Geheimnissen. Man hüte sich, locker umzugehen mit Vorschriften, Waffen mitzunehmen, wenn sie verboten sind, Geheimnisse auszuplaudern und Anlagen zu zeigen, die niemanden etwas angehen, die eigenen Kompetenzen zu überschreiten. Das ist das Rezept zum Zerfall einer Armee von innen. Das gilt auch für die Themen von Korpsstabsübungen über «Zusammenarbeit» mit fremden Bündnissen. Der Bericht des Bundesrates über seine Sicherheitspolitik ist keine Rechtsgrundlage.

«Sie machen ja doch, was sie wollen»: Wo wir das hören, sind Rechtsstaat und Demokratie beschädigt.

JA zum Rechtsstaat heisst auch JA zum Völkerrecht. Die Anklägerin des Haager Tribunals für Ex-Jugoslawien beschäftigt sich mit der NATO wegen Kriegsverbrechen im Kosovokrieg, die Russen im Kosovo haben zum Teil Tschetschenien-Erfahrung: Seltsame Waffengefährten und «Partner für den Frieden».

JA zur Hilfe in Not

NEIN zur Militarisierung humanitärer Hilfe.

Der humanitäre militärische Interventionismus des letzten Jahrzehnts führte in Sackgassen. Es fehlt eine weltweit akzeptierte Doktrin, es wird geheuchelt, versteckte Ziele werden angestrebt, und es wird auch geholfen, oft ineffizient. Der wahre Zustand im UNO-verwalteten und NATO-besetzten Kosovo ist beschämend. Die militärisch durchzusetzende grenzen-

.....

«Niemand denkt daran, die Hilfswerke zu bewaffnen. Wer schießt, wird Partei und gerät in die Eskalationsspirale.»

.....

lose Welt der Menschenrechte ist ein Monster. Die versuchte Hypermoralisierung des Krieges ist nicht zukunftsfähig. Wer militärisch interveniert, handelt zielgerichtet politisch und ist verpflichtet, Recht und Ordnung herzustellen. Er ist Partei und hat eine handlungsfähige Regierung herzustellen, um wieder abziehen zu können. Wer humanitär interveniert, mischt sich nicht in die dem Aussenstehenden unverständlichen Händel, sondern hilft neutral, wo Not herrscht und Leid. Blinde Nothilfe kann Bürgerkriege verlängern. Wer Güter liefert, wird Teil der Bürgerkriegswirtschaft. Es braucht viel Reife und Erfahrung, hier das Richtige zu tun, ein grosses Herz genügt nicht. Bis zu 400 zivile Hilfsorganisationen sollen im Kosovo an der Arbeit sein. Es fehlt weder an Geld noch an Material, aber oft an Koordination und Führung. Alle diese Organisationen sind unbewaffnet. Der Ruf, Schweizer Soldaten für ihre Hilfsarbeiten zu bewaffnen, ist absurd. Niemand denkt daran, die Hilfswerke zu bewaffnen. Wer schießt, wird Partei und gerät in die Eskalationsspirale. Sollten Schweizer Soldaten leichtfertig in Gefahr geschickt worden sein, dann sind die politischen und militärischen Vorgesetzten zur Rechenschaft zu ziehen, und die Truppe soll ausgetauscht werden gegen effizientere zivile Helfer aus dem Katastrophenhilfekorps des EDA zum Beispiel,

Inserate mit politischem Inhalt

Über die Aufnahme **politischer Inserate** in die ASMZ entscheidet ein Gremium, bestehend aus Präsident Verwaltungskommission (Vorsitz), Verlagsleiter Huber & Co. AG und der Chefredaktion der ASMZ.

Es werden nur Inserate angenommen, welche dem Ansehen der Schweizer Armee nicht schaden. Im Übrigen gelten die gleichen Regeln wie bei Tageszeitungen. G.

durch Organisationen, die weniger Probleme lösen müssen, die es ohne ihre Anwesenheit gar nicht gäbe.

Die Liste von JA und NEIN ist noch lang. Vom Defätismus höherer Kader wäre zu sprechen und ihrer Ablösung durch bessere, die an die Verteidigungsfähigkeit dieses Landes glauben, von Information der Truppe statt unzulässiger Propaganda im Dienst, von der Lächerlichkeit der mit englischen Brocken durchsetzten neuen Militärsprache, von Substanz statt Inszenierung, Sparsamkeit statt Geldverschleudung, sinnvollen Reisen und Militär- oder Polittourismus, von neuen Formen des Krieges und den Chancen der Schweiz, von der Angst der Amerikaner und ihrer Verbündeten vor Terroranschlägen mit Sprengstoffen oder gar Massenvernichtungswaffen, von den neuen Aufgaben des Bevölkerungsschutzes, von nichttödlichen Waffen im Kampf in Städten, neuen operativen und taktischen Konzepten, vielen neuen technischen Möglichkeiten und immer wieder vom Irrtum, zusammengewachsene Einheiten zu zerreißen. Die gravierenden Auswirkungen des in Washington beschlossenen *Membership Action Plan* auf die sogenannte «Partnerschaft für den Frieden» gehören offen auf den Tisch.

Die Schwächung der Institutionen, die uns binden und Zusammenhalt geben können, von Religion, Familie, Schule, Demokratie und auch Armee schafft in unsicheren Zeiten zusätzliche Unsicherheit. Die Armee reform ist deshalb ein Vorhaben, das hohe Führungsqualitäten und weiten Horizont erfordert. Fingerspitzengefühl statt Schlagworte, Sorgfalt statt Hast in künstlicher Zeitnot und Respekt vor den Bürgern sind nötig.

Selbstverständlich wollen wir eine moderne Armee, aber nicht nach den überholten Ideen der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts. ■



.....

**Christoph Blocher, Dr.,
Nationalrat SVP (ZH),
Oberst,
Unternehmer.**

.....